Werner Plum (Hg.)

Ungewöhnliche Normalisierung

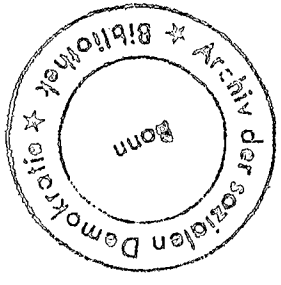
Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen

Mit Beiträgen von

Udo Arnold, Peter Bender, Dieter Bingen, Klaus von Bismarck, Alfred Blumenfeld, Erich Brost, Karl Dedecius, Marion Gräfin Dönhoff, Ludwig Elsing, Gottfried Erb, Walter Fabian, Heinrich Grüber, Horst Harnischfeger, Uwe-Peter Heidingsfeld, Christoph Heubner, Hans-Adolf Jacobsen, Erwin Kristoffersen, Hans Georg Lehmann, Walter Mertineit, Antonín Měšťan, Susanne Miller, Heinrich Pfeiffer, Werner Plum, Klaus Reiff, Gotthold Rhode, Doris Schenk, Manfred von Scheven, Carlo Schmid, Hansjakob Stehle, Rüdiger Stephan

Verlag Neue Gesellschaft

Herausgegeben im Auftrage der
Friedrich-Ebert-Stiftung · Bonn



ISBN 3-87831-381-0

Copyright © 1984 by Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Godesberger Allee 143, D-5300 Bonn 2
Umschlag: Karl Debus, Bonn
Herstellung: Gerd Ernst
Satz: Satzstudio Hülskötter, Burscheid-Dürscheid
Druck und Verarbeitung: braunschweig druck GmbH
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 1984

184-265

Inhalt

Werner Plum
Ungewöhnliche Normalisierung 9

Rückblicke

Marion Gräfin Dönhoff
Nachbarn seit tausend Jahren 25

Erich Brost
Seit 1936: Das neue Verhältnis deutscher Sozialdemokraten zu Polen.
Ein Augenzeugenbericht 29

Hans Georg Lehmann
Die deutsch-polnische Grenzfrage. Eine Einführung in den
Oder-Neiße-Konflikt 37

Ludwig Elsing
Polenpolitik der SPD 1960 bis 1970 55

Begegnungen

Walter Fabian
Die Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 69

Erwin Kristoffersen
Begegnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit Gewerkschaften
in Polen 75

Manfred von Scheven
Deutsch-polnische Städtepartnerschaften: Das Beispiel der Städte
Bremen und Danzig/Gdańsk 81

Christoph Heubner
Beginn eines Weges — Die Arbeit der Aktion Sühnezeichen/
Friedensdienste in der Volksrepublik Polen 89

Susanne Miller
Wiedersehen mit Polen im April 1983. Persönliche Eindrücke 95

Gotthold Rhode
Die Lindenfelser Gespräche. Ein früher Versuch deutsch-polnischer Verständigung 99

Karl Dedecius
Polnische Literatur in der Bundesrepublik 107

Christen hüben und drüben

Heinrich Grüber
Ein deutscher Prediger in Warschau 123

Auszüge aus der Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ 129

Klaus von Bismarck
Ein evangelischer Christ erfährt Polen 133

Uwe-Peter Heidingsfeld
Verbindungen evangelischer Christen mit Polen 139

Schriftwechsel zwischen dem polnischen und dem deutschen Episkopat am 18. November 1965 und 5. Dezember 1965 149

Hansjakob Stehle
Seit 1960: Der mühsame katholische Dialog über die Grenze 155

Gottfried Erb
Das Memorandum des Bensberger Kreises zur Polenpolitik 179

Schule und Forschung

Carlo Schmid
Besuch der Universitäten in Warschau und Krakau. Tagebuch einer Polenreise im Jahre 1958 191

Einführung von Carlo Schmid in seine Warschauer und Krakauer Vorlesungen 203

Susanne Miller
In Erinnerung an Georg Eckert (14. August 1912 bis 7. Januar 1974), Initiator der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen 205

Walter Mertineit
Die deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen. Eine Zwischenbilanz 209

Hans-Adolf Jacobsen
Fünf Jahre Partnerschaft der Universitäten Bonn und Warschau (1978 bis 1983) — Genesis und erste Bilanz aus deutscher Sicht 219

Antonín Městan
Probleme der Förderung einer wissenschaftlichen Polonistik an den Universitäten der Bundesrepublik Deutschland 227

Gotthold Rhode
Dreiunddreißig Jahre Forschungen zur Geschichte Polens. Veröffentlichungen der Historisch-Landeskundlichen Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen 1950 bis 1983 237

Udo Arnold
Die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung — Kooperation über die Grenzen 245

Dieter Bingen
Die Polenforschung im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien 253

Institute und Stiftungen

Karl Dedecius
Deutsches Polen-Institut Darmstadt 263

Alfred Blumenfeld
Das Forum der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen 267

Horst Harnischfeger
Kulturaustausch mit Polen durch das Goethe-Institut 273

Doris Schenk
Die wissenschaftlichen Beziehungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Polnischen Akademie der Wissenschaften 279

Rüdiger Stephan
Die Robert Bosch Stiftung und die deutsch-polnischen Beziehungen 281

Heinrich Pfeiffer
Förderung polnischer Wissenschaftler durch die Alexander von Humboldt-Stiftung 287

Klaus Reiff
Journalistenaustausch, Regionalplanung und Schulbuchkonferenzen: Schwerpunkte der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Zusammenarbeit mit Polen 289

Ausblick

Peter Bender
Europa braucht ein starkes Polen 295

Anhang

Die Autoren des Sammelbandes
1. Biographische Notizen 307
2. Werke über Polen 311

Polen-Bibliographien der an diesem Sammelband mitarbeitenden Institutionen 315

Personenregister 321

Erwin Kristoffersen
Begegnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit Gewerkschaften in Polen

Gewerkschaftliche „Ostpolitik" begann schon Mitte der sechziger Jahre, als DGB-Bundeskongresse beschlossen, Informationskontakte zu den Arbeitnehmerorganisationen in Osteuropa aufzunehmen. Basis dieser Beschlüsse war die unbefriedigende Tatsache, über die Situation der Arbeitnehmer in Osteuropa nur über Propagandamedien zu hören und in gleicher Weise die Informationen über Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften in der Bundesrepublik in Osteuropa verbreitet zu sehen.

Diese Kontakte entwickelten sich dann auch sehr schnell. Bezogen auf die einzelnen Länder in Osteuropa war ihre Intensität aber doch recht unterschiedlich.

Am intensivsten und umfangreichsten waren in jenen ersten Jahren wohl die Beziehungen zur ČSSR. Sie begleiteten den „Prager Vorfrühling", denn auch innerhalb der offiziellen tschechoslowakischen Gewerkschaften war der Drang nach Systemreformen recht stark ausgeprägt.

Die erste Phase in den gewerkschaftlichen Ostbeziehungen fand ihre jähe Unterbrechung mit der sowjetischen Intervention in der ČSSR im Oktober 1968.

So zeigte sich schon in den ersten Jahren dieser Beziehungen, was auch in ihrem weiteren Verlauf immer wieder passierte: Jede politische Eruption im Osten wirkte sich unmittelbar auf die Gewerkschaftskontakte aus. Sowohl die gewaltvolle Unterdrückung des „Prager Frühlings" wie aber auch die Tatsache, daß gerade unsere gewerkschaftlichen Freunde in der ČSSR, die dem Reformflügel um Dubček nahestanden, in der Folgezeit aus ihren gewerkschaftlichen Funktionen herausgesäubert wurden, hinterließen beim DGB und seinen Gewerkschaften starke Betroffenheit. Dieselben recht liberalen Positionen wie vor dem Oktober 1968 fanden wir in der ČSSR nie wieder. Sie waren in den folgenden Jahren eher in Ungarn und Polen spürbar.

Obwohl die Normalisierung mit der ČSSR einige Zeit sehr stark belastet war durch die Positionen zum Münchener-Abkommen, spielte diese Frage nie eine Rolle in Diskussionen zwischen dem DGB und den tchechoslowakischen Gewerkschaften, weder vor 1980 noch nach 1970, als die Kontakte sich wieder neu entwickelten.

Das war ganz anders bei den Kontakten mit dem Zentralrat der polnischen Gewerkschaften (CRZZ)[1]. Die Beziehungen entwickelten sich sehr viel langsamer und vorsichtiger. Zu einem ersten Besuch eines DGB-Vorsitzenden kam es überhaupt erst, als Heinz Oskar Vetter mit einer Delegation im April 1970 nach Warschau reiste.

---

1 CRZZ = Centalna Rada Zwiazków Zawodowych

So sehr deutsche und polnische Gewerkschafter die Normalisierung zwischen den beiden Nationen wollten, so sehr waren sie sich auch des tiefen Grabens bewußt, der durch die Geschehnisse im Zweiten Weltkrieg aufgerissen worden war.

Beide Seiten hatten aber auch den Willen, am Brückenschlag zwischen beiden Völkern mitzuwirken. In euphorischem Überschwang bezeichnete so auch der damalige CRZZ-Vorsitzende Loga Lowinski Słowiński das viele Stunden dauernde Gespräch mit dem DGB-Vorsitzenden als einen „historischen Dialog". Immer wieder bestanden die polnischen Gesprächspartner dabei darauf, daß der Frieden für Polen nur garantiert sei, wenn die Oder-Neiße-Grenze endgültig vertraglich anerkannt sei und nicht länger durch revanchistische Kreise in der Bundesrepublik infrage gestellt werden könne.

Der DGB-Vorsitzende wies in diesem Gespräch immer wieder darauf hin, daß er bei allem Verständnis für die polnische Position keine staatspolitischen Erklärungen abzugeben habe. Das sei bei uns eben Angelegenheit der Regierung und nicht des DGB. Er sagte gleichzeitig aber auch seine Unterstützung für die Bundesregierung zu, die Grenzfrage in Verhandlungen mit der polnischen Regierung zu regeln.

Der Beitrag, den die Gewerkschaften auf deutscher und polnischer Seite zum Brückenschlag zwischen den beiden Nationen ganz zweifellos erbracht haben, war dann wohl auch mit ein Anlaß dafür, daß Heinz Oskar Vetter den Bundeskanzler Willi Brandt zur Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages nach Warschau im Dezember 1970 begleitete. Die erst nur zögernd aufgenommenen, dann aber umso intensiver fortgeführten Kontakte zwischen DGB und CRZZ entwickelten sich einerseits sehr freundschaftlich, andererseits blieb die Spannung wegen unterschiedlicher Positionen in politischen Grundsatzfragen immer erhalten.

Der DGB hatte seine ostpolitischen Aktivitäten nie so verstanden, daß er sich mit gewerkschaftlichen Bruderorganisationen zum Zwecke traditioneller gewerkschaftlicher Zusammenarbeit im Sinne der Beziehungen traf, wie etwa mit den westeuropäischen Gewerkschaften. Stellung und Funktion der Gewerkschaften in Ost- und Westeuropa haben wenig miteinander gemein, allein schon weil wir in zwei verschiedenen Systemen leben und unterschiedliche Positionen zu Partei- und Staatsmacht und zum Eigentümer der Produktionsmittel haben. Selbst der Informationsaustausch über die Situation der Arbeitnehmer, über die Rolle der betrieblichen Interessenvertretungen hier und da und die Positionen zu volkswirtschaftlichen Problemen haben auch bei Verwendung desselben Vokabulars unterschiedliche Inhalte. — Auch wenn auf Seiten der osteuropäischen Funktionäre viel von Zusammenarbeit gesprochen wurde, hatten auch sie dabei wohl kaum an gemeinsame Aktivitäten bei der Erledigung traditioneller gewerkschaftlicher Funktionen gedacht. Viel eher fiel ihnen ja auch die Aufgabe zu, die allgemeine nationale Politik von Partei und Regierung im gewerkschaftlichen Bereich zu begleiten.

So sah auch der DGB seine Ostbeziehungen als Begleitung des allgemeinen Entspannungsprozesses. Nur eben mit dem sehr entscheidenden Unterschied, daß er bei aller Identität mit den entspanungspolitischen Absichten und Zielen der Bundesregierung aus eigener Initiative und unabhängig von Regierung und Parteien agierte.

Solche unterschiedliche Ausgangsposition war zweifellos immer wieder eine Belastung der Beziehungen zu den osteuropäischen Organisationen. Besonders deutlich wurde das aber in den Beziehungen des DGB zum polnischen CRZZ, eben gerade weil sich im Laufe der Jahre ein fast freundschaftliches und durchaus vertrauensvolles Verhältnis entwickelte. Kritische Dialoge und Eingeständnisse von Schwachpunkten auf beiden Seiten gab es mit den polnischen Kollegen sicher in sehr viel stärkerem Maße als mit anderen osteuropäischen Gewerkschaftsvertretern. In der Evaluierung der Arbeiterunruhen im Juli 1976 nahmen sie eine recht selbstkritische Stellung ein. Als Gefangene des eigenen Systems aber waren sie wegen ihrer Funktion und ihrer Kraftlosigkeit nicht in der Lage, daraus die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Gleichzeitig aber haben sie sich wohl auch keine hinreichende Vorstellung gemacht über das Ausmaß gesellschaftlicher Kritik innerhalb der polnischen Arbeiterschaft.

Die in Szene gesetzten Treuebekenntnisse auf Kongressen und bei Betriebsbesuchen wurden ja nicht nur unseretwegen veranstaltet. Die gewerkschaftliche Zentralverwaltung ließ sich offensichtlich von der zur Schau gestellten Eintracht recht gern „überzeugen". Wie sehr sie dadurch versäumte, ihre partei- und staatspolitischen Aufgaben zu erfüllen und stattdessen bis zum bitteren Ende mit den falschen Thesen agierte, das zeigte das Verhalten der CRZZ-Führung im Spätsommer 1980.

Ähnlich ging es mit den deutsch-polnischen Gewerkschaftsbeziehungen. Schon die hier erwähnte erste Begegnung zwischen den beiden Vorsitzenden demonstrierte, wie der Pole seinen staatspolitischen Auftrag erfüllte, während der Deutsche gar nicht die Funktion hatte, staatspolitische Erklärungen abzugeben. Auch in den folgenden Jahren wurden in die sonst harmonisch laufenden Beziehungen Friktionen dadurch getragen, daß unsere polnischen Partner vom DGB verbindliche Erklärungen erwarteten zur Einführung der Schulbuchempfehlungen, zu der Rechtsfiktion der deutschen Ostgrenzen in Urteilen des Bundessozialgerichtes und wegen der Verwendung deutscher Ortsbezeichnungen für jetzt polnische Städte. Sie erwarteten verbindlich zustimmende Deklamationen. Unsere Vorschläge, beispielsweise das strittige Bundessozialgerichtsverfahren bezüglich der damit verbundenen Einzelschicksale zu prüfen und womöglich günstig zu beeinflussen, blieben unbeachtet. Das mußte zu Verstimmungen führen.

Total infrage gestellt wurden die Beziehungen allerdings schon im Januar 1980. Nicht wegen Vorahnungen des kommenden Sommers, sondern wegen des Nato-Doppelbeschlusses vom November 1979. Der Besuch des DGB-Vorsitzenden in Warschau wurde zum Anlaß genommen, die „Entschlossenheit des polnischen Volkes in seiner Ablehnung des Nato-Doppelbeschlusses" zu demonstrieren.

Begegnungen mit Betriebsbelegschaften und regionalen Gewerkschaftsfunktionären, mit einem Mitglied des Politbüros und die Gespräche zwischen den beiden Gewerkschaftsvorsitzenden wurden beherrscht durch dieses Thema. Der weitere Ausbau der bilateralen Gewerkschaftsbeziehungen und die auch von deutschen Banken erwarteten Kredite zur Bewältigung der wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten waren kein Gesprächsthema. Auf das übliche Kommuniqué verzichtete man, weil die DGB-Vertreter zwar bereit waren, sich für

Maßnahmen der Friedenssicherungen und den erfolgreichen Abschluß der KSZE-Folgekonferenz von Madrid zu bekennen, nicht aber dem polnischen Entwurf der Ächtung von Nato-Raketen zu folgen. Damit verzichtete die CRZZ-Führung gleichzeitig darauf, die bereits besprochenen bilateralen Maßnahmen mit dem DGB zu vereinbaren.

Während sich die CRZZ-Vertreter vormachten, daß ihre Mitgliedschaft sich primär für die Abwehr des Nato-Beschlusses engagiere, konnte der deutsche Gewerkschafter zur gleichen Zeit bei Gängen durch Warschau ohne offizielle Begleitung spüren, wie die Mißstimmung in der Bevölkerung zunahm. Kritisiert wurde nicht nur die angespannte Versorgungslage, sondern das Verhalten der politischen Führung generell.

Die Folgen sind bekannt. Der CRZZ zerbrach mit den Streiks an der Ostseeküste und in Schlesien, also schon lange bevor er offiziell liquidiert wurde. Seine Fachgewerkschaften versuchten sich zu halten und nannten sich jetzt Branchengewerkschaften. Zusammengehalten wurden sie durch eine Koordinierungskommission. Die Branchengewerkschaften gaben an, zwischen drei und vier Millionen Mitglieder zu haben. Die aus den Streiks des Spätsommers hervorgegangene „Solidarität" dagegen zählte schon nach kurzer Zeit zehn Millionen Mitglieder.

Für den DGB stellte sich nicht die Frage, wie er auf die Entwicklung in Polen reagieren sollte. Er solidarisierte sich mit den Streikenden, den Streikkomitees und der aus ihnen hervorgegangenen unabhängigen und selbstverwalteten Gewerkschaft „Solidarität". Verbunden mit der Hoffnung auf Erfolg dieser jungen Organisation war die Vorstellung, daß sich hier doch noch zeigen könnte, daß auch in einem totalitären kommunistischen Staat gesellschaftlicher Pluralismus möglich ist. Berechtigt erschien auch unsere Hoffnung, daß Staatsmacht und „Solidarität" den erforderlichen Grundkonsens finden, um miteinander funktionieren zu können. Sowohl der Abschluß wie auch der Inhalt der Verträge zwischen den Streikkomitees und Regierung sprachen dafür. So sehr der DGB auch vom Prinzip der Einheitsgewerkschaft überzeugt ist, sah er doch den in Polen entstandenen Gewerkschaftspluralismus dreier konkurrierender Organisationen — „Solidarität", Branchengewerkschaften und autonome Gewerkschaften — als vorteilhaft, um die Gewerkschaftsszene erneut ihren ruhenden Pol finden zu lassen. Daß dabei „Solidarität" die Übermacht behalten würde, schien damals außer Zweifel.

Der DGB nahm Kontakte zur Landeskommision der „Solidarität" und ihrem Vorsitzenden Lech Wałęsa auf. Engere Arbeitskontakte entwickelten sich besonders zur Region Mazowsze (Warschau und Umgebung).

Zur Region Mazowsze bestanden engere persönliche Kontakte, dahin gab der DGB auch seine technische Hilfe.

Das alles aber geschah ohne große Publizität, die unsere polnischen Kollegen vermeiden wollten. Schon damals zeigte sich, was auch später deutlich wurde: Die kommunistische Staatsmacht in Polen und in der UdSSR war eher bereit, französische und italienische Solidarität mit „Solidarität" zu akzeptieren als deutsche. Den Italienern sah man manches nach, Frankreich war das traditionelle Aufnahmeland polnischer Freiheitskämpfer. Die Deutschen aber blieben in der offiziellen Sprachregelung trotz Normalisierungsvertrag und engen Wirtschaftsbeziehungen die ewigen Revanchisten, mit denen man sich nicht zu nahe einlassen sollte.

Diese Position wurde von den Vertretern der „Solidarität" absolut nicht geteilt, aber ein Besuch Wałęsas beim DGB war nicht so dringend erforderlich, daß man deswegen zusätzliche Friktionen mit Partei und Regierung einhandeln mußte. Man bat den DGB um Verständnis. Der DGB hatte damit keine Schwierigkeiten.

Schwierigkeiten hatte er dagegen mit der polnischen Regierung, die die Erteilung des schon im September 1980 beantragten Visums für den Leiter seiner Internationalen Abteilung sechs Monate lang verzögerte. Als das Visum dann Ende Januar erteilt wurde, war es verbunden mit der Auflage eines gleichzeitigen Besuchs von „Solidarität" und Branchengewerkschaften. Damit war der erste persönliche Kontakt zur „Solidarität" möglich.

Der Unterschied zu vergangenen Besuchen in Polen hätte wohl nicht größer ausfallen können. Beim früheren CRZZ erlebte man einen nur sehr begrenzten „Publikumsverkehr" seitens der Mitgliedschaft. In den Büros blieb man meistens unter sich. Jetzt bei den Branchengewerkschaften waren die Flure und Büroräume wie ausgestorben. Man verwaltete sich nur noch selbst.

Bei „Solidarität" in der Warschauer Ul Spitana hingegen war ein ständiges massenhaftes Kommen und Gehen. Der Eindruck von Volksbewegung war für den Besucher physisch nachvollziehbar.

Nach diesem ersten Besuch wurden die Kontakte und die gegenseitigen Begegnungen sehr schnell umfangreicher. Sie waren bei weitem nicht so formell wie früher der Umgang mit dem CRZZ. Es wurde auch nicht mehr „in Staatspolitik gemacht". Abgesehen davon, das natürlich die polnischen Kollegen ein starkes Bedürfnis hatten, über ihre neue Gewerkschaftsidee zu sprechen, über ihre Pläne zur Demokratisierung der Wirtschaft und ihre Forderungen nach Mitwirkung im öffentlichen Leben, ging es sehr viel mehr als früher um praktische Fragen der Interessenvertretung der Arbeitnehmer und wie man sich dabei gegenseitig unterstützen könnte. Wünsche nach Hilfe in der Bildungsarbeit wurden an den DGB herangetragen. Gemeinsame Symposien über die Rolle von Solidarität und DGB bei der Gestaltung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sowie über die Mitbestimmung und Selbstverwaltung wurden verabredet. Das war also alles andere als die Vorbereitung des gesellschaftlichen Umsturzes. Vielmehr weisen die Themen doch wohl auf die Bereitschaft der Solidaritätsführung zu verantwortungsvoller Mitarbeit in der Gesellschaft hin. Natürlich gab es in der „Solidarität" auch Gruppen, die den Umsturz des Regimes wollten. Für die große Zahl der verantwortlichen Funktionäre, mit denen Vertreter des DGB in Verbindung kamen, traf das ganz sicher nicht zu. Man war sich über die geopolitischen Bedingungen im klaren. In deren Rahmen aber wollte man mehr Pluralismus und Demokratie.

Ab dem Sommer 1981 war festzustellen, wie die Regierung ganz offensichtlich weniger Bereitschaft zum Dialog mit der „Solidarität" zeigte und Stellung gegen sie bezog. Dem DGB-Vertreter beim Kongreß der „Solidarität" in Danzig wurde das sehr deutlich. Sehr befremdend war auch, daß sich Vertreter der polnischen Regierung bei offiziellen deutschen Stellen wegen der Grußbotschaft des DGB-Vertreters auf dem Kongreß beschwerten. Zum zweiten Teil des Solidaritäts-Kongresses konnte der Vorsitzende einer DGB-Gewerkschaft nicht fahren, weil ihm das Visum verweigert wurde.

Wie die Verschärfung der offiziellen Positionen gegenüber „Solidarität" auch einherging mit Anti-DGB-Stimmungsmache zeigte sich am deutlichsten, als aus dem DGB-Geschenk eines Tonstudios an „Solidarität" in der polnischen und sowjetischen Presse ein Großsender im Stile vom Radio Freies Europa gemacht wurde.

Die letzte gemeinsam zwischen DGB und „Solidarität" verabredete Maßnahme war die Unterstützung der polnischen Arbeitnehmer bei der Überwindung der angespannten Versorgungslage. Lech Wałęsa erließ hierzu Ende Oktober 1981 einen Aufruf an alle freien Gewerkschaften. Der DGB-Bundesvorstand gründete daraufhin den Verein „Solidarität für Polen — DGB", um Spenden aus der Mitgliedschaft aufzubringen und diese in Form von Hilfsgütern nach Polen weiterzuleiten. Adressat sollte die „Solidarität" sein.

Aber als der Verein offiziell seine Tätigkeit am 14. Dezember 1981 aufnahm, stand Polen schon unter Kriegsrecht. Die „Solidarität" war suspendiert und alle ihre Funktionäre waren interniert oder verhaftet.

Der DGB setzte seine Hilfsaktion dennoch fort, die insgesamt weit über zwei Millionen DM erbrachte. Lebensmittel und Medikamente gingen an die polnischen Arbeitnehmer, bevorzugt an Angehörige von Internierten.

Proteste, Solidaritätsmaßnahmen, Informationen über die Situation in Polen und Zusammenarbeit mit Funktionären der „Solidarität" in Westeuropa war das, was uns blieb.

Ende 1982 formierten sich in Polen „neue Gewerkschaften", auf Geheiß von Partei und Regierung. Der Zulauf zu ihnen soll sehr zurückhaltend sein.

„Solidarität" mag als Organisation verboten sein, ihre führenden Funktionäre zeigen selbst aus dem Untergrund, daß Solidarität immer noch da ist. Besonders aber bleibt die Solidarität ein Symbol für die Forderung nach Freiheit.

Die deutschen Gewerkschaften haben aus Überzeugung mitgewirkt am Prozeß der Normalisierung der Beziehungen zu Polen. Sie wollten insbesondere, daß sich die Arbeitnehmer beider Länder näherkamen. Jeder Schritt, den wir auf diesem Wege gingen, diente wohl auch diesem Zweck. Aber am nächsten waren wir dem Ziel wohl doch in der Zeit der legalen Existenz von „Solidarität". Wie lebendig die Idee, für die „Solidarität" steht, noch heute in Polen ist, sehen wir immer wieder, wo sich Menschen in Polen versammeln. Am eindrucksvollsten zeigte sich das anläßlich des Papstbesuches im Juni 1983.

Und solange so eindeutig der Wille der polnischen Arbeitnehmer demonstriert wird, kann es für freie Gewerkschaften in den Beziehungen zu Polen kein „Business as usual" geben.